**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 22. Juni 2007
	Schriftführer Willi Schmitz
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Mittwoch, dem 13. Juni 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:08 Uhr - 19:52 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
A <u>Öffentlicher Teil</u>	
1.	Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 29. März 2007 - öffentlicher Teil -
3.	Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 29. März 2007 - öffentlicher Teil - 311/2007
4.	Mitteilungen des Vorsitzenden
5.	Mitteilungen des Bürgermeisters
6.	Erneuerung von Straßen im Stadtgebiet 330/2007
7.	Plakatierung im Stadtgebiet 329/2007
8.	Ausbau der Straße Am Lindenhof 328/2007

9. **Maßnahmebeschluss zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Vorgaben für das Design**
332/2007
10. **Antrag vom 28.06.2006 auf Wiedererrichtung von Parkmöglichkeiten vor der Wohnanlage Kempener Straße 110 durch Beseitigung des Radfahrstreifens auf einer Fahrbahnseite**
Antragsteller: Herr Hans-Jürgen Böttcher, Kempener Straße 110, 51467 Bergisch Gladbach
331/2007
11. **Anregung vom 23.11.2006, die Carl-von-Ossietsky-Straße zur verkehrsberuhigten Zone zu erklären**
Antragsteller: SG Hermann-Löns-Straße e.V., Willy-Brandt-Straße 32, 51469 Bergisch Gladbach, vertreten durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Christian Hermann
334/2007
12. **Antrag der CDU-Fraktion vom 15.05.2007 (Eingang 22.05.2007), die Verwaltung möge prüfen, ob ein Durchfahrtsverbot für LKW über 3,5 to bzw. 7,5 to in der Straße "In der Auen" sinnvoll wäre**
313/2007
13. **Antrag der FDP-Fraktion vom 21.05.2007, Eingang 24.05.2007, zur Verkehrsuntersuchung in Bensberg-Kaule**
337/2007
14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 29. März 2007 - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 29. März 2007 – nichtöffentl. Teil - 312/2007**
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
5. **Untersuchung der kostenrechnenden Einrichtungen des FB 7
302/2007**
6. **Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse des Wirtschaftsjahres 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach", "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach", "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" und "StadtGrün Bergisch Gladbach"
305/2007**
7. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Kremer, eröffnet die 19. Sitzung in der siebten Wahlperiode und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- und fristgemäß einberufen wurde. Darüber hinaus stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. <-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 29. März 2007 - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 29.03.2007 – öffentlicher Teil – wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 29. März 2007 - öffentlicher Teil -

@-> Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 29.03.2007 – öffentlicher Teil – zur Kenntnis.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Herr Schmickler erklärt, dass zunächst Herr Klostermann eine Erklärung zum Projekt Strundekorridor vortrage.

Sodann führt Herr Klostermann aus, dass der Strundekorridor ein Teilprojekt des regionale Projekts „Regio Grün“ sei und von den Städten Köln und Bergisch Gladbach weiterentwickelt werde. Weiterhin erklärt er, dass das Dossier für dieses Projekt fertig gestellt sei. Am 18. Juni tage der Regionalausschuss und befinde über die Einstufung des Projekts in die Kategorie A. Sofern das Projekt diesen Zuschlag bekomme, werde der zuständige Minister, Herr Wittke, den A-Stempel am 21.06.2007 offiziell verleihen. Zur weiteren Vorgehensweise hätten sich beide Städte darauf geeinigt, dass das Büro Contur 2 aus Bergisch Gladbach die Planung für den Strundekorridor in einem größeren Maßstab vornehmen solle. Für den Lupenraum des Wachendorffgeländes habe der Hauptausschuss in seiner gestrigen Sitzung eine

Beschlussempfehlung für den Rat abgegeben, wonach dieses Gelände als Stadtumbaugebiet gemäß § 171 b Baugesetzbuch (BauGB) festzusetzen sei. Dies sei zwingende Voraussetzung für den Erhalt von Städtebaufördermitteln. Als Grundlage für das Verkaufsmanagement lägen ein Bodengutachten, ein Altlastengutachten sowie eine Standortexpertise vor. Die entsprechenden Ergebnisse würden derzeit ausgewertet. Die Wandererwerke AG als Grundstückseigentümer, die Regionale 2010 Agentur sowie die Stadt Bergisch Gladbach hätten sich darauf verständigt, auf der Grundlage von drei vorliegenden Angeboten zum Verfahrensmanagement mit zwei Anbietern weiter zu verhandeln. Geplant sei, nach der Sommerpause mit der ersten Stufe des zweistufigen Investorenverfahrens zu beginnen. Im Lupenraum Herrenstrunden habe sich eine Bürgergruppe gebildet, die sich regelmäßig treffe. Hier sei z.B. am 16.06. ein bürgerschaftlicher Arbeitseinsatz rund um Burg Zweifel sowie den Mühlenteich geplant. Die Stadt beabsichtige hier, als Grundlage für die Planungen eine Kulturlandschaftsanalyse „Oberes Strundetal von Unterthal bis Dombach“ zu vergeben. Diese Planung soll bis Herbst 2007 soweit vorangeschritten sein, dass sie der Bürgerschaft zur Diskussion und Weiterentwicklung vorgestellt werden könne.

Die Anfrage von Herrn Ziffus, ob vom Büro Contur 2 auch für die Innenstadt eine Untersuchung vorliege, bejaht Herr Klostermann.

Ferner berichtet Herr Schmickler über den weiteren Fortgang des Verfahrens zum Landschaftsplan Südkreis. Derzeit laufe die Beratung in den Gremien des Kreises, so dass noch vor der Sommerpause mit einer Entscheidung des Kreises zu rechnen sei und der Entwurf zur Stellungnahme zu Beginn der Sommerferien der Stadt zur Stellungnahme zugeleitet wird. Sobald dieser vorliege, werde er den Fraktionen vorab zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus sei geplant, in der kommenden Ausschusssitzung am 09.08.2007 den Entwurf dem Ausschuss durch die Vertreter des Kreises vorzustellen, um nach vierwöchiger Beratung in den Fraktionen in der darauf folgenden Sitzung des Ausschusses am 06.09.2007 den Beschluss über die erneute Stellungnahme zu fassen.

Weiterhin führt er aus, dass es in der Vergangenheit in der Fußgängerzone Bergisch Gladbach bekanntermaßen mehrere Stürze von Passanten gegeben habe, die auf den Zustand des Pflasters zurückzuführen waren. Jetzt gebe es erstmalig die Situation, dass ein Gericht den Zustand der Fußgängerzone trotz regelmäßiger Wartung bzw. Unterhaltung als zu schlecht ansehe. Der GVV als Versicherer erwarte daher von der Stadt weitergehende Maßnahmen, d.h. eine Erneuerung. Diese sei innerhalb der kommenden 2 – 3 Jahre zu beginnen. Nähere Einzelheiten hierüber werde man mit dem GVV noch absprechen, jedenfalls bestehe dort in näherer Zukunft investiver Handlungsbedarf. Da die Fußgängerzone nach dem Beschluss des letzten Hauptausschusses Bestandteil des Projekts „Stadt gestalten“ im Zuge der Regionale 2010 sei, könne man dies planerisch miteinander verbinden.

In Sachen Straßenbaumaßnahme Kippekausen erklärt Herr Schmickler weiter, dass die beschlossene Bürgerversammlung voraussichtlich Anfang September stattfinden wird, da die vorangehende Kanalbaumaßnahme voraussichtlich auf der Tagesordnung des Vergabeausschusses am 29.08.2007 stehen wird. Da hier mit einer Bauphase von Mitte September 2007 – Frühjahr 2008 zu rechnen ist, mache es Sinn, die Bürger vor Beginn der Baumaßnahme entsprechend zu informieren.

Auf die Frage von Herrn Jung, ob im Rahmen der Strukturuntersuchung für den Bereich Gronau auch wie versprochen eine Beteiligung der örtlichen Vereine bzw. Bürger erfolge und dies auch für den Bereich des Wachendorff-Geländes gelte, erklärt Herr Schmickler, eine intensive Bürgerbeteiligung sei Grundprinzip der Regionale. Darüber hinaus müsse für das Wachendorff-Gelände eine Bauleitplanung erstellt werden, so dass auch hier die Bürgerbeteiligung gesichert sei.

Herr Lang bittet, ihm das Urteil sowie das Schreiben der Versicherung zukommen zu lassen. Des weiteren vertritt er in Sachen Kippekausen die Auffassung, die Bürgerversammlung müsse noch vor der Ausschreibung der Kanalbaumaßnahme stattfinden, damit die Bürger auch hierauf noch Einfluss nehmen können.

Zur Frage der Fußgängerzone weist Herr Widdenhöfer darauf hin, dass es kein Urteil, sondern lediglich einen gerichtlichen Vergleich gebe. Vor diesem Hintergrund schlägt er vor, das Schreiben des GVV an die Stadt als Anlage zur Niederschrift beizufügen.

Bezüglich der Maßnahme Kippekausen mache es nach Ansicht von Herrn Schmickler Sinn, die Ausschreibung der Kanalbaumaßnahme vor der Bürgerbeteiligung durchzuführen. Zum einen sei in diesem Stadium hinsichtlich der nachfolgenden Straßenbaumaßnahme noch gar nichts entschieden, zum anderen seien dann bereits die Rahmenbedingungen der Kanalbaumaßnahme und deren kostenmäßige Auswirkungen auf die Straßenbaumaßnahme bekannt. Da die Anlieger überwiegend an der Kostenfrage einer Abrechnung nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) interessiert seien, könnten hierzu dann genauere Angaben gemacht werden.

Herr Ziffus möchte wissen, für welchen rückwirkenden Zeitraum im Falle der Fußgängerzone Regressansprüche geltend gemacht werden können. Da es sich hierbei um einen Fall der Amtspflichtverletzung handelt, könnten diese nach Aussage von Herrn Widdenhöfer im Falle einer Bestätigung durch ein Gericht innerhalb von 3 Jahren rückwirkend geltend gemacht werden.

Nach Ansicht von Herrn Lang hätten sich die Bürger im Fall Kippekausen nicht nur gegen die Kostentragung, sondern auch gegen die geplante Kanalbaumaßnahme gewandt.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass es den Anliegern im Wesentlichen um die aus dem Umfang der Maßnahme entstehenden Kosten gehe. Lediglich einmal seien auch die Kosten der Kanalbaumaßnahme erörtert worden. In diesem Fall habe es eine Anregung zur Regenentwässerung gegeben, die jedoch technisch nur mit einer höheren Kostenbelastung umsetzbar gewesen sei. Die Pflicht zur Erneuerung der Kanäle ergebe sich für die Stadt ferner aus den nach der Selbstüberwachungsverordnung Kanal durchgeführten Inspektionen. Würde man diese unterlassen, könnte dies zu strafrechtlichen Konsequenzen führen. Abschließend erinnert er zu diesem Thema nochmals daran, dass es bereits feststehende Beschlüsse des Ausschusses hierzu gebe.

Darüber hinaus erklärt Herr Schmickler, dass die RheinEnergie bis 2008 in Refrath einen Hochdruckgasing errichten wird. Betroffen seien hiervon in 2007 die Straßen An der Wallburg, Neuer Trassweg, ein Teil der Dolmanstraße, bis 2008 der Bereich Frankenforster Straße zwischen An der Bahn und Im Hain sowie 2008 der Steinbrecher Weg.

Herr Schmickler teilt weiterhin mit, er habe vom Landesbetrieb Straßen NRW die erfreuliche Mitteilung erhalten, dass die Friedrich-Ebert-Straße zwischen der Autobahnauffahrt und der Kreuzung in Moitzfeld noch in diesem Jahr eine neue Fahrbahndecke bekomme. Er habe diese Maßnahme auf den vielbefahrenen Streckenabschnitt stets für dringlich erachtet, da sich die Fahrbahndecke in einem schlechten Zustand befinde.

Abschließend weist Herr Schmickler noch darauf hin, dass er aufgrund eines privaten Termins ab ca. 18.00 Uhr von Herrn Mumdey vertreten werde.

Verwundert über die beabsichtigten Maßnahmen der RheinEnergie zeigt sich Herr Ziffus. Es sei in den letzten Wochen beschlossen worden, den CO₂-Ausstoß aus Gründen des Klimaschutzes um 40 % zu verringern, was nicht durch einen geringeren Gasverbrauch erreicht werden soll. Er möchte daher wissen, ob es sich bei der Baumaßnahme um den Neubau einer Leitung oder den Austausch von Leitungen handelt.

Diesbezüglich erklärt Herr Schmickler, die RheinEnergie habe in den letzten Jahren in großem Umfang marode Leitungen ausgetauscht. In diesem Fall handele es sich teilweise um die Einführung einer technisch anderen Betriebsweise, die eine höhere Versorgungssicherheit gewährleiste, wobei er davon ausgeht, dass die neuesten technischen Entwicklungen in diesen Fällen berücksichtigt werden.

An eine vorliegende Untersuchung zur Autobahnauffahrt Moitzfeld erinnert Herr Dr. Fischer. Diese besage, dass z.B. die zusätzliche Einrichtung einer Abbiegespur von der Autobahn in Richtung Untereschbach zu einer Beschleunigung des Verkehrsflusses in Richtung Friedrich-Ebert-Straße führe. Er möchte wissen, ob diese Änderungen bei der beabsichtigten Maßnahme berücksichtigt würden.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass es sich bei der Baumaßnahme seiner Kenntnis nach um eine reine Deckenbaumaßnahme handele, die eine Änderung der Kreuzung nicht beinhalte. Ungeachtet dessen sei die Änderung der Kreuzung an der Autobahnauffahrt Thema aktueller Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW. Vor der Zusammenlegung einzelner Betriebssitze des Landesbetriebs habe die Maßnahme Platz 11 der Prioritätenliste belegt. Nachdem nunmehr drei Niederlassungen des Landesbetriebes zusammengeführt worden seien, würden die einzelnen Vorhaben dort nochmals untersucht. Er sagt zu, diesen Punkt in einem Gespräch mit dem neuen Leiter der zuständigen Niederlassung nochmals anzusprechen und auf deren Wichtigkeit für die Stadt hinzuweisen.

Auf Nachfrage von Herrn Ziffus, ob alternative Gasanbieter neben der RheinEnergie keine Konzessionsabgabe zahlen, verweist Herr Schmickler auf die entsprechenden Mitteilungen des Städte- und Gemeindebundes NRW zu diesem Thema.

<-@

6 Erneuerung von Straßen im Stadtgebiet

@-> Herr Rosen stellt fest, dass es anders als in der Vorlage dargestellt nicht der Wunsch des Ausschusses gewesen sei, eine Aufstellung über die sanierungsbedürftigen Straßen zu erhalten, vielmehr habe man dies als Auftrag an die

Verwaltung verstanden. Von daher sei man enttäuscht, dass diese Liste heute nicht vorgelegt werden könne und fühle sich zudem bevormundet. Er erwartet daher, dass die Liste in den nächsten Tagen, spätestens zum nächsten Ausschuss von der Verwaltung vorgelegt werde.

Als nicht so eilig sieht Herr Waldschmidt diese Angelegenheit an. Allerdings sei es seiner Ansicht nach wünschenswert, die Liste vor Einbringung des Haushalts 2008 zu erhalten, um so ggf. noch Einfluss auf das Straßenbauprogramm des kommenden Jahres nehmen zu können.

Herr Lang weist darauf hin, dass er bei den bisherigen Beschlüssen zu den Straßensanierungen stets Zweifel im Hinblick auf die Kostenverteilung auf die Anlieger vorgetragen habe. Nunmehr sei aus der Vorlage erkennbar, dass ein Grund für die Nicht-Vorlage der Liste zur heutigen Sitzung die Frage sei, in welchem Umfang die Anlieger kostenmäßig herangezogen werden könnten. Er möchte daher wissen, ob hier ein Zusammenhang bestünde oder nicht.

Hierzu verweist Herr Hardt auf beim vorigen Tagesordnungspunkt angesprochene Straße Kippekausen. Sofern die geforderte Liste mit rund 100 Straßen im Stadtgebiet in öffentlicher Sitzung behandelt würde und anschließend Anfragen von betroffenen Bürgern zu erwarten seien, sei es ratsam, auch die dazugehörigen Informationen wie den voraussichtlichen Zeitpunkt des Ausbaus sowie die voraussichtlichen Kosten liefern zu können.

Herr Ziffus macht deutlich, dass der Bürger verständlicherweise wissen möchte, wann die Straße vor seinem Grundstück ausgebaut werde. Den Ausschuss hingegen interessiere die Frage, in welchem Zustand sich die jeweilige Straße befindet. Er bittet daher, den jetzigen Stand der Liste den Fraktionen entweder auf einer CD-Rom zuzusenden oder alternativ diese Liste einsehen zu können.

Dieser Bitte von Herrn Ziffus schließt sich Herr Rosen an.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

<-@

7

Plakatierung im Stadtgebiet

@-> Nach Ansicht von Herrn Dr. Steffen sei es zunächst positiv, wenn ein kommerzieller Anbieter mehr Gewinn als die Stadt in diesem Punkt mache. Zu prüfen sei jedoch, inwieweit die in der Vorlage genannte Lösung für gemeinnützige Vereine gegenüber der bisherigen Lösung besser sei. Seiner Ansicht nach seien die als Ausgleich angebotenen Minilitfasssäulen hierfür nicht ausreichend. Des weiteren müsse für die politischen Parteien insbesondere bei Wahlen eine weitere Ausnahmenregelung überdacht werden.

Anhand einer Beispielrechnung macht Herr Rosen deutlich, dass 100 Plakate mit ganzjähriger Werbung nach dem Vorschlag beim kommerziellen Anbieter rund 82.000 € kosten würden. Dies sei eine Verdreifachung der heutigen städtischen Einnahmen. Von daher stelle er sich die Frage, warum die Stadt nicht den bisherigen Preis verdopple und die Mehreinnahmen in die Jugendarbeit investiere.

Herr Hardt erklärt, dass der Betrag von 82.000 € die Anschaffungskosten für die Displays durch die Stadt enthalte. Ferner müsste die damit verbundene Arbeit über die Stadt laufen, was angesichts der derzeitigen personellen Situation nicht durchführbar sei. Dies wiederum führe zum Teil auch durch gemeinnützige Vereine und politische Parteien verursacht ungewollt zu einem bunten Stadtbild. Es stelle sich daher die Grundsatzfrage, ob man dieses Stadtbild weiter möchte, ansprechende Displays installiert oder alternativ die Stadt ganz werbefrei mache. Man habe jedoch festgestellt, dass die kommerziellen Anbieter durchaus bereit seien, höhere Beträge als bisher zu zahlen, erziele als Stadt gleichzeitig jedoch trotz Anhebung des Preises keine Mehreinnahmen.

Auf eben diese Grundsatzfrage erinnert auch Herr Schmickler. Der Ausschuss müsse sich fragen, ob eine großzügige Regelung für gemeinnützige Vereine, so wie sie heute bestehe, das Ziel sei oder nicht. Sofern dies gewünscht werde, gehe dies zu Lasten des Stadtbildes, alternativ müssten sich die Vereine in das neue System einordnen. Die Stadt habe jedenfalls kein Interesse, an den Aktionen gemeinnütziger Vereine zu verdienen. Wenn man aber zu einer Verbesserung des Stadtbildes kommen möchte, müsse man ein anderes System als bisher einführen, was Geld koste. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass der überwiegende Teil der Veranstaltungen, für die bislang geworben wird, kommerzieller Natur seien. Allerdings müsse auch eine Lösung für Vereine und Parteien geschaffen werden. Jedenfalls gebe es seiner Ansicht nach hier die historische Chance, für eine grundlegende Verbesserung des Stadtbilds zu sorgen. Von einer Übernahme der Aufgabe durch die Stadt rät er ab, da es für alle Beteiligten am wirtschaftlichsten sei, diese Aufgabe als Gesamtpaket an einen Dritten zu übertragen.

Ergänzend weist Herr Widdenhöfer darauf hin, dass Werbung der Parteien nach der derzeitigen Fassung der städtischen Sondernutzungssatzung besondere Rechte genießen. Es sei vorgesehen, diese Satzung noch im laufenden Jahr zu überarbeiten und diese dem Ausschuss bzw. Rat vorzulegen. In diesem Zusammenhang könne dann darüber entschieden werden, wie mit der Werbung gemeinnütziger Vereine sowie politischer Parteien zukünftig zu verfahren sei.

Herr Lang stellt fest, dass Ordnung eine schöne Sache sei, wenn man sie durchsetzen könne. Er habe aber erhebliche Zweifel, dass durch die beabsichtigte Lösung das sog. wilde Plakatieren unterbleibt, zumal sich die Frage stelle, ob diese hoheitliche Aufgabe überhaupt an einen Dritten übertragen werden dürfe.

Darauf, dass diese Möglichkeit besteht, weist Herr Schmickler hin. Es müsse sich lediglich genau identifizieren lassen, welches Plakat legal und welches Plakat illegal sei. Dies lasse sich aufgrund der geplanten Displays zukünftig jedoch genau feststellen. Eine Ausnahme gelte möglicherweise für die Wahlwerbung der politischen Parteien. Somit könne sogar eine bessere Durchsetzbarkeit als bislang erzielt werden, da nicht mehr bei jedem Plakat überprüft werden muss, ob eine Genehmigung vorliegt oder nicht.

Nach Auffassung von Herrn Waldschmidt habe die Mehrheit ein Interesse daran, den Wildwuchs an Plakaten im Stadtgebiet zu beseitigen. Jedoch müsse man sich in diesem Zusammenhang über den richtigen Weg zu diesem Ziel unterhalten. So müsse man prüfen, ob es machbar sei, die Abwicklung durch einen auswärtigen Anbieter vornehmen zu lassen, während die Vereine ortsansässig seien. Des weiteren habe ein

gewerblicher Anbieter zunächst Interesse daran, Gewinn zu erzielen und berücksichtige somit möglicherweise nicht die Interessen örtlicher Gewerbetreibender, wenn ein globaler Anbieter für ein Plakat eine höhere Summe bietet. Auch müsse es möglich sein, außerhalb der Wahlzeiten Werbungen von politischen Parteien zuzulassen. Weiterhin regt er die Prüfung an, ob nicht die Stadt die Aufgabe wie etwa das Entfernen nicht genehmigter Plakate über die vor kurzem gegründete gemeinnützige GmbH wahrnehmen könne. Insofern sehe er die Vorlage als erste Lesung in dieser Frage an und bittet, die entsprechenden Fragen bis zu einer Entscheidung zu beantworten.

Herr Hardt weist darauf hin, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handelt, deren Ziel es sei, zunächst die Meinungen im Ausschuss abzufragen. Man sich bislang auch zurück gehalten, die kommerziellen Antragsteller bzw. die Vereine anzuschreiben und deren Meinungen zum Thema einzuholen, dies werde man erst vornehmen, wenn der Ausschuss dem Vorschlag der Verwaltung grundsätzlich positiv gegenüber steht. Das Ergebnis der Umfrage würde die Verwaltung dem Ausschuss zusammen mit der Beschlussvorlage voraussichtlich im Herbst 2007 zur Entscheidung vorlegen. Im Falle der Werbung durch Vereine würde die Stadt auf den ihr zustehenden Anteil an den Einnahmen verzichten, so dass nur der für den Anbieter zu zahlende Anteil an den Einnahmen verbliebe. Er habe die Erfahrungen gemacht, dass Plakatwerbung eher von örtlichen Anbietern und Veranstaltungen genutzt werde als von globalen Anbietern. Zum Zeitrahmen führt er weiterhin aus, dass zunächst geplant sei, den Vertrag über eine Laufzeit von 2 Jahren abzuschließen, da in 2 Jahren ebenfalls der Vertrag über die Werbung an den örtlichen Buswartehallen ausläuft. Die Werbung auf Großflächentafeln und Litfasssäulen würde man bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls verlängern, so dass man dann Ende 2009 ein Komplettpaket anbieten könne. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfte auch die neue Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet mit der Alternative der Dauerwerbung an den Laternenmasten erstellt sein. Die Frage der Parteienwerbung müsse man in diesem Zusammenhang gesondert betrachten. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass es in der Vergangenheit eine Vielzahl von Beschwerden über nicht entsorgte Plakate u.ä. gegeben habe. Zur Überlegung, die Aufgabe in die gemeinnützige GmbH der Stadt zu übernehmen, verweist er auf Versuche mit dem City-Service aus den letzten Monaten. Hierbei könne es logistische Probleme geben, da möglicherweise dem einzelnen Arbeiter nicht bekannt sein dürfte, für welche Veranstaltung eine Genehmigung vorliegt oder nicht. Auch könnte es Probleme geben, wenn Plakate nach Ablauf des Veranstaltungsdatums abgehängt und die Kosten hierfür an den Veranstalter weiter gegeben werden müssen. Hier erfolge die interne Rechnungslegung erst nach geraumer Zeit. Insofern sei er skeptisch, ob diese Aufgabe durch die GmbH hinreichend erfüllt werde, da der kommerzielle Anbieter hier schneller reagiere.

Für Herrn Lang stellt sich dennoch weiterhin die Frage, ob das Entfernen nicht genehmigter Plakate als hoheitliche Aufgabe durch einen Dritten vorgenommen werden darf. Hierzu weist Herr Widdenhöfer darauf hin, dass die Hoheitsgewalt bei der Stadt verbleibe, diese sich jedoch einen Erfüllungsgehilfen zur Durchführung der Aufgabe auswählen dürfe.

Nach Auffassung von Herrn Sprenger müssten sich die politischen Parteien auch einmal an die eigene Nase fassen, da man Plakate von Veranstaltungen oft erst einige Zeit nach der Veranstaltung entferne. Er schlägt daher vor, kurzfristig über das Problem zu diskutieren und nach einer Lösung für die Zukunft zu suchen.

Da die Möblierung innerhalb der Stadt 2009 ohnehin neu ausgeschrieben werde, weist Herr Albrecht darauf hin, dass seiner Ansicht nach derzeit noch kein Handlungsdruck für eine Entscheidung bestehe.

Herr Hardt führt hierzu aus, dass die Verwaltung bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Systemänderung vornehmen möchte. Auch wenn die Möblierung 2009 neu ausgeschrieben werde, möchte man bereits vorher in einer Testphase Erfahrungen mit dem vorgeschlagenen System sammeln. Im übrigen sei es alles andere als optimal, an die neue Straßenbeleuchtung Plakate im bisherigen Stil anzubringen.

Ein Lob an die Verwaltung spricht Herr Ziffus insoweit aus, als dass man sich für die Ästhetik in der Stadt einsetze. Er empfiehlt allerdings, sich hierbei nicht nur auf das wilde Plakatieren zu beschränken, sondern darüber hinaus das wilde Parken, u.a. vor dem Rathaus in Bergisch Gladbach, zu unterbinden und verweist insoweit auf einen Artikel aus der Frankfurter Sonntagszeitung. Darüber hinaus stellt sich für ihn die Frage, ob die Stadt bei der Genehmigung zur Plakatierung gegenüber gemeinnützigen Vereinen angesichts der Haushaltslage ohne weiteres auf die Einnahmen verzichten dürfe.

Herr Hardt vertritt die Auffassung, dass dies im vorliegenden Fall möglich sei. Man habe bei der neuen Straßenbeleuchtung neuartige hinterleuchtete Displays und gehe hier von einer geschätzten Mehreinnahme von rund 30.000 – 35.000 € aus, wenn an den Laternen ansonsten nicht plakatiert wird. Diese Mehreinnahmen könnten den Einnahmeverzicht gegenüber den gemeinnützigen Vereinen kompensieren.

Handlungsbedarf im Hinblick auf ein geordnetes Aussehen in der Stadt erkennt auch Herr Dr. Fischer. Allerdings gebe es, wie die Diskussion gezeigt habe, noch eine Reihe von offenen Fragen, die man bis zu einer Entscheidung beantworten müsse. Da die Entscheidung ohnehin noch dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt wird, sehe er die Vorlage ebenfalls als erste Information. Darüber hinaus möchte er wissen, ob die Stadt Bergisch Gladbach in dieser Frage erneut – wie bei der Straßenbeleuchtung – Vorreiter sei oder ob es bereits Städte gibt, die ein ähnliches Konzept verfolgen, um dieses ggf. vor Ort in Augenschein zu nehmen. In diesem Zusammenhang könnte man dort auch in Erfahrung bringen, wie mit der Frage der Plakatierung gemeinnütziger Vereine umgegangen wird.

Hierzu verweist Herr Hardt darauf, dass es neben einigen Städten in Niedersachsen in unmittelbarer Nachbarschaft die Städte Rösrath und Bergheim gebe, die diese Displays bereits verwenden. Des weiteren habe man ein Musterdisplay in dieser Woche auf der Mittelinsel der Bensberger Straße in Höhe Hans-Zanders-Bad angebracht, ein weiteres Modell im Miniaturformat präsentiert er den Mitgliedern des Ausschusses ebenfalls. Zum weiteren Verlauf der Angelegenheit lege er das Votum des Ausschusses so aus, dass die Interessenten der letzten Jahre nunmehr von der Verwaltung angeschrieben werden, um ihre Meinung zum neuen System einzuholen. Sobald genügend Rückäußerungen hierzu vorlägen, würde die Verwaltung dieses Ergebnis in eine Beschlussvorlage mit aufnehmen und dem Ausschuss in einer der kommenden Sitzungen zur Entscheidung vorlegen.

Inwieweit die Vergabe der Überwachung der Plakatierung an einen Dritten von einer

möglichen Beschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeiten der Gemeinde betroffen sei, möchte Herr Krafft wissen.

Diesbezüglich erklärt Herr Mumdey, dass die Änderung des § 107 Gemeindeordnung nicht zum Ziel habe, gemeindliche Einnahmemöglichkeiten zu unterbinden. Insofern sehe er in dieser Frage anders als beispielsweise auf dem Energiemarkt mangels Konkurrenz zur Stadt kein Problem.

Frau Schöttler-Fuchs unterstreicht nochmals, dass die Ästhetik im öffentlichen Raum für sie ebenfalls wichtig sei. Sie bittet die Verwaltung jedoch nochmals um Prüfung, inwieweit die gemeinnützige GmbH der Stadt als Beschäftigungsförderungsgesellschaft zum Einsatz kommen könne, da der zuvor angesprochene City-Service hier kein Maßstab sei. Gerade die Testphase von zwei Jahren könnte hierfür genutzt werden.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

8 **Ausbau der Straße Am Lindenhof**

@-> Herr Dr. Steffen bekräftigt nochmals die Forderung seiner Fraktion nach einer Ersatzpflanzung einer Linde im Wendehammer, da ansonsten kein Bezug mehr zum Straßennamen hergestellt werden könnte.

Nach Ansicht von Herrn Hardt sei es aufgrund der Größe des Wendehammers nicht möglich, dort eine Ersatzpflanzung vorzunehmen. Dies sei auch die einhellige Meinung der Anwohner gewesen. Eventuell bestünde jedoch die Möglichkeit, die Pflanzung einer Linde im privaten Bereich vorzunehmen.

Alternativ hierzu schlägt Herr Ziffus die Umbenennung der Straße z.B. in „Am Kiefernhof“ vor, da Kiefern als Bäume in der Straße dominieren.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass im Ortstermin einer der Anlieger erklärt habe, evtl. einen größeren Baum zu fällen und stattdessen evtl. eine Linde neu zu pflanzen.

Herr Dr. Fischer merkt an, dass es im Stadtgebiet eine Reihe von Straßennamen ohne einen heutigen Bezug gebe. Darüber hinaus seien auch ohne die Linde genügend Bäume entlang dieser kleinen Straße vorhanden.

Für Frau Schneider geht es um die Tatsache, dass die Linde im Wendehammer von der Straße eingeeengt worden sei und sein Wurzelwerk diese nunmehr beschädigt habe. Insofern sei es ein Beispiel dafür, so etwas zukünftig zu unterlassen.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 15 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, KIDinitiative und BfBB) bei 2 Enthaltungen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der mit den Anwohnern vereinbarten Ausbauvariante zu. Die Abrechnung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen einer privatrechtlichen Vereinbarung.

<-@@-> <-@**Maßnahmebeschluss zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Vorgaben für das Design**

@-> Herr Rosen vertritt die Auffassung, dass zur Frage des Designs auch die Bürger von Bergisch Gladbach gehört werden müssten, da die Auswahl des Designs nicht allein auf den Schultern des Ausschusses bzw. des Rates lasten solle.

Frau Schu berichtet, sie habe im Fernsehen einen Bericht über die neue Straßenbeleuchtung gesehen und sei überrascht, dass die Leuchtkörper blau seien.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass die Farben frühzeitig den Fraktionen vorgestellt worden seien und seinerzeit allgemeine Zustimmung fanden. Bislang gebe es sehr positive Rückläufe aus der Märchensiedlung. Die Farbe Blau sei zwar relativ kräftig, habe jedoch Pfiff und die erforderliche Zeitlosigkeit. Allerdings solle die gewählte Farbe nicht für das gesamte Stadtgebiet gelten, sondern es könnten Straßenzüge unterschiedlich ausgestattet werden. Darüber hinaus seien die Leuchtentypen der Anlage 2 der Beschlussvorlage zwar optisch ansprechend, könnten aber aus lichttechnischen Gründen nicht empfohlen werden.

Unter Hinweis auf Seite 20 der Beschlussvorlage stellt Frau Schu die Frage, warum man nicht bei einer neutralen Farbe bleibe anstelle des gewählten Blaus.

Diesbezüglich bemerkt Herr Hardt, dass es naturgemäß verschieden Geschmäcker gebe und es sehr schwierig sei, einen Allgemeingeschmack zu finden. Für ihn sei der Rücklauf aus der Bevölkerung entscheidend und dieser sei nun einmal überwiegend positiv. Bislang liege ihm lediglich eine negative Rückmeldung eines Bürgers vor, der die neuen Lampen kitschig fände.

Das Thema „Bürgerbeteiligung“ spricht Herr Dr. Fischer nochmals an und möchte wissen, wie viele Rückläufe es auf die Zeitungsartikel gegeben habe. Er regt an, die Veröffentlichungen entweder zu wiederholen oder eine separate Meinungsabfrage zu starten, um dadurch eine breite Zustimmung zu bekommen und nicht kurze Zeit später für die Entscheidung kritisiert zu werden.

Herr Hardt befindet den eingeschlagenen Weg für richtig und ausreichend. Wenn kein Aufschrei durch Bevölkerung gehe, dann sei dies gleichbedeutend mit einer Bestätigung, dass die neue Beleuchtung gut ankomme. Er verweist insoweit auch auf die Vorbesprechungen zu diesem Punkt in den Arbeitskreisen und stellt noch mal heraus, dass für die historischen Bereiche im Stadtgebiet besondere Modelle verwendet werden sollen.

Ob es ohne großen Aufwand möglich sei, das Ergebnis der Rückläufe auf die Zeitungsartikel in einfacher Art und Weise für die nächste Sitzung vorzulegen, möchte Herr Dr. Fischer wissen.

Insoweit verweist Herr Hardt auf die zugesagten CD's und verteilt anschließend an jede Fraktion eine solche CD mit Entwürfen zur Straßenbeleuchtung.

Für Herrn Dr. Steffen kommt die Beschlussvorlage etwas zu früh, da er gerne die morgige Besichtigung mit Bürgerbeteiligung abwarten würde. Er frage sich bezogen auf die Leuchtenformen, ob nicht auch eine der vier in Anlage 2.2. aufgeführten Formen möglich sei.

Frau Schu gibt zu Bedenken, dass sie zunächst die Leuchten sehen, dann darüber beraten und abschließend auf dieser Grundlage den Beschluss fassen möchte. Sie sei verwundert über den nun gewählten Ablauf, da die Besichtigung erst morgen stattfinde.

Unter Hinweis auf die Geschäftsordnung stellt Herr Jung den Antrag auf Vertagung. Er sei der Auffassung, dass noch vor dem Beschluss eine Besichtigung der Leuchten stattfinden müsse. Dann wäre noch ausreichend Zeit für die erforderliche Beratung. Der Beschluss könne dann in der nächsten Sitzung gefasst werden oder alternativ vom Rat entschieden werden.

Herr Hardt erläutert, dass es bei der morgigen Besichtigung nicht um die Designfrage gehen solle. Zur Frage des Designs habe am 22. Mai 2007 ein Arbeitskreis mit Vertretern aller Fraktionen stattgefunden, bei dem die verschiedenen Modelle vorgestellt wurden. Aus dieser Veranstaltung heraus gab es durchweg positive Signale hinsichtlich der Form der Beleuchtung. Er weist darauf hin, dass der Beschluss für die Neukonzeption zwingend erforderlich sei, um den Zeitplan einhalten zu können, insbesondere im Hinblick auf die EU-weite Ausschreibung, die Ende August anstehe.

Der Vorsitzende stellt klar, dass es bei der vorliegenden Beschlussvorlage darum gehe, die Ausschreibung zu ermöglichen, wobei selbstverständlich in den einzelnen Straßenzügen noch mit den Anwohnern über das Design gesprochen würde.

Herr Lang wundert sich über die gewählte Reihenfolge, umgekehrt sei es seiner Ansicht nach richtig gewesen. Seiner Auffassung nach dürften keine Arbeitsausschüsse Entscheidungsbefugnisse haben, es sei falsch, wichtige Entscheidungen immer öfter weiter nach unten zu verlagern. Blau als Farbe des Leuchtenkopfes könne seiner Meinung nach nicht zwingend sein, dies müsse noch zu ändern sein, wenn es der Wunsch der Mehrheit sei. Ferner stellt er die Frage, ob zukünftig Sparlampen eingesetzt würden oder wie denn die Stromersparnis zustande komme.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass es in der Vorlage auf der einen Seite um das Design und auf der anderen Seite um die Konzeption gehe. Bislang gebe es nur den Maßnahmebeschluss für die Pilotprojekte, nicht aber für das gesamte Stadtgebiet. Der Vertrag mit der BELKAW sei zum 1.2.2008 gekündigt worden, von daher sei die Verwaltung hinsichtlich der Erneuerung in Zugzwang. Gespart würde zukünftig durch den neuen Leuchtentyp und insbesondere durch die europaweit einzigartige komplette Digitalisierung, die es ermögliche, jeden einzelnen Lichtpunkt individuell anzusteuern. So könne je nach Bedarf bzw. Strecke unterschiedlich von 100% Leistung ab einer bestimmten Uhrzeit z.B. auf 70% oder 50% heruntergegangen werden. Da jede normale Leuchte nach 4 Jahren bis ca. 15 % an Lichtleistung verliere, könne durch das anfängliche Herunterfahren auf 90 % Leistung eine zusätzliche Stromersparnis erreicht werden. Insgesamt könnten somit ca. 30 - 40 % der jetzigen Energiekosten eingespart werden. Auch die Wartungskosten könnten

realistischerweise um bis zu 60 % sinken, wenn 10.000 neue Leuchten im Stadtgebiet erneuert würden. Heute betragen die Kosten für Energie und Wartung der Straßenbeleuchtung ca. 1,3 Mio. €. Es sei wahrscheinlich möglich, jährlich eine halbe Million einzusparen. Dem gegenüber stünden Investitionskosten in Höhe von 7,5 Mio. €, wovon nach Abzug der Fördermittel und KAG-Beiträge maximal 5 Mio. € bei der Stadt verbleiben. Bei einer Abschreibung auf 30 Jahre gerechnet mache dies bei 6% eine Summe von ca. 300.000 € im Jahr aus. Unter dem Strich bliebe somit auf jeden Fall eine deutliche Ersparnis.

Herr Ziffus erklärt, er könne dem vorgestellten Leuchtentyp nicht zustimmen, da er ihn nicht schön finde und kenne bisher niemanden, der diese Leuchten schön finde. Er habe bereits im Arbeitskreis vorgeschlagen, 3-5 Leuchten der Bürgerschaft über einen längeren Zeitraum nebeneinander zu präsentieren, z.B. am Rathaus Bensberg, und danach eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Dann gebe es wenigstens eine vernünftige Entscheidung. Zur Not müsse es noch eine Sondersitzung des Ausschusses geben, um den vorgegebenen Zeitrahmen einzuhalten.

Herr Hardt verweist darauf, dass bei einer Bürgerbeteiligung die große Gefahr bestünde, energetische Aspekte völlig außer Acht zu lassen und es nur um Designfragen gehe. Er stellt klar, dass einige Typen nicht den erhofften Effekt der Energieeinsparung bringen können, da das Licht nicht auf die Straße geleitet wird.

Frau Kreft hingegen fand den Arbeitskreis sehr effektiv. Das ausgesuchte Modell sei vor Ort gewesen, auch der Leuchtentyp war unstrittig. Darüber hinaus sei die Farbe blau eine gute Wahl. In einigen Stadtteilen, wo die Bebauung entsprechend sei, werde es andere Typen geben, die harmonisch eingepasst würden. Sie sei erstaunt, dass es teilweise an interner Kommunikation fehle und könne es nicht nachvollziehen, dass die Ergebnisse des Arbeitskreises offenkundig nicht überall eingeflossen seien und nunmehr eine Vertagung diskutiert würde.

Nach Ansicht von Herrn Jung könne der AUIV nicht über ein solches Millionenprojekt entscheiden, ohne den Rat zu beteiligen. Er sei nicht bereit, heute eine Entscheidung zu treffen und befürwortet die Verschiebung der Entscheidung in die nächste Ratssitzung. Dann sei jedes einzelne Ratsmitglied mit dieser wichtigen Angelegenheit befasst und die von Herrn Hardt dargestellte Zeitspanne würde eingehalten.

Herr Waldschmidt erklärt, seine Fraktion könne damit leben, die Entscheidung in die kommende Ratssitzung zu verschieben, wenn dies formell möglich sei. Dennoch frage er sich, ob eine Politikfähigkeit gegeben sei, wenn einige Fraktionen trotz der Teilnahme mit hochkarätigen Vertretern am Arbeitskreis offenkundig nicht intern kommunizieren. Seine Fraktion habe gewusst, dass heute die Entscheidung getroffen werden muss und hat sich deshalb vorher ausführlich beraten. Zudem sei Herr Hardt eingeladen worden und habe der Fraktion das Projekt ausführlich erläutert. Wenn eine Verschiebung in den Rat möglich sei, würde noch eine Woche zusätzliche Bedenkzeit gegeben.

Herr Ziffus stellt klar, es gehe ihm darum, eine Auswahl zwischen 3-4 verschiedenen Lampentypen, die die ökonomischen Rahmenbedingungen erfüllen, vorzustellen und diese evtl. sogar schon bei der Ratssitzung in der kommenden Woche zu präsentieren. Er plädiert nach wie vor für eine Bürgerbeteiligung noch vor der

Ausschreibung im August, möglicherweise auch auf Beschluss des Rates in der kommenden Woche.

Für eine Verschiebung in den Rat spricht sich auch Herr Rosen aus, da es sich um ein Millionenprojekt handele, über das die Ratsmitglieder befinden müssten. Danach solle das Design auf jeden Fall noch einmal dem Bürger präsentiert werden, auch wenn dies notfalls eine Verzögerung zur Folge habe.

Hin und her gerissen zwischen Schönheit und Sparsamkeit ist Herr Lang. Bisher sei bei ihm die Sparsamkeit das oberste Gebot gewesen. Wenn der Rat als oberste Organ der Stadt entscheiden könne, was seiner Meinung nach möglich sei, stimme er ebenfalls für eine Vertagung.

Der Vorsitzende lässt daraufhin den Antrag von Herrn Jung auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes in die nächste Ratssitzung am 19.06.2007 abstimmen.

Sodann beschließt der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig folgenden Beschluss:

Die Beschlussfassung über den TOP A 9 „Maßnahmebeschluss zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Vorgaben für das Design“ wird in die Sitzung des Rates am 19.06.2007 verschoben.

<-@

@-> <-@

- 10 **Antrag vom 28.06.2006 auf Wiedererrichtung von Parkmöglichkeiten vor der Wohnanlage Kempener Straße 110 durch Beseitigung des Radfahrstreifens auf einer Fahrbahnseite**
Antragsteller: Herr Hans-Jürgen Böttcher, Kempener Straße 110, 51467 Bergisch Gladbach

@-> Herr Rosen erklärt, dass man sich die Situation vor Ort angeschaut und die Fahrräder auf dem Radweg gezählt habe. Zudem habe man festgestellt, dass auf den angrenzenden Grundstücken genügend Parkflächen vorhanden seien. Aus diesem Grund werde man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in dieser Form nicht zustimmen.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Steffen entstünden bei der Nutzung der Parkstreifen für die Radfahrer gefährliche Situationen, da diese gezwungenermaßen auf die Fahrbahn ausweichen müssten. Im Falle eines gleichzeitigen Begegnungsverkehrs zwischen Lkws an dieser Stelle ergebe sich eine erhebliche Gefährdung und zwangsläufig eine Zunahme der Unfallzahlen. Da der Radweg an dieser Stelle auch als Schulweg diene, könne man der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen. Ferner sei ein Bedarf an Parkplätzen in diesem Bereich nicht erkennbar, da die Grundstücke groß genug seien. Abhilfe könne in diesem Fall nur ein vollständiger Umbau des Verkehrsraums schaffen.

Für Herrn Jung geht es nicht allein um die Anlegung der Parkplätze. Vielmehr gebe es keine Möglichkeit, auf einer Strecke von rund 2 Kilometern etwas ein- und auszuladen, da in diesem Bereich absolutes Halteverbot gelte.

Dem widerspricht Herr Krafft, da es seiner Ansicht im Antrag um die Anlegung von Parkplätzen gehe. Auch er vertritt die Auffassung, dass die Anwohner auf ihren Grundstücken ausreichend Parkmöglichkeiten besitzen würden.

Aus der letzten Sitzung des Behindertenbeirats berichtet Herr Hillebrand. Dort habe man sich ebenfalls mit dem Antrag befasst und festgestellt, dass im Falle der Errichtung von Parkplätzen ein erhebliches Problem geschaffen wird. Insofern habe man einstimmig die Empfehlung abgegeben, den Antrag abzulehnen, zumal auf den Privatgrundstücken genügend Parkmöglichkeiten bestünden.

An die Historie dieser Problematik erinnert Herr Waldschmidt. Es gebe unterschiedliche Interessen zwischen den Anliegern und der Radfahrer am Erhalt des Fahrradstreifens, wobei eine einvernehmliche Lösung offenbar nicht möglich sei. Aus diesem Grunde müsse man eine Abwägung vornehmen, welche Interessen höher zu bewerten seien. Vor diesem Hintergrund vertrete man die Auffassung, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgrund der entstehenden Schwierigkeiten für die Radfahrer abzulehnen, da diese Interessen höher einzustufen seien. Zur Frage des absoluten Halteverbots verweist er auf die Auffassung der Polizei, die einer Aufhebung dieses Halteverbots wegen des Fahrradstreifens nicht zustimmen könne.

Daran, dass die Kempener Straße bei der Neuverteilung der Verkehrsraums an den Hauptverkehrsstraßen Anfang der 90er Jahre aus finanziellen Gründen unberücksichtigt blieb, erinnert Herr Ziffus. Auch er vertritt die Auffassung, dass lediglich eine komplette Neuaufteilung des Verkehrsraums hier Abhilfe schaffen könne.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Fischer, ob ein halbseitiges Anhalten auf einer Straßenseite Abhilfe des Problems schaffen könne, erläutert Herr Widdenhöfer, dass dies durch den Schutzstreifen auf beiden Seiten der Fahrbahn ausgeschlossen werde. Auch eine zeitliche Einschränkung sei von der Bezirksregierung mit Hinweis hierauf abgelehnt worden. Zur Frage der Abwägung zwischen den unterschiedlichen Interessen weist er nochmals darauf hin, dass in der Tat keine Möglichkeit bestehe, Anlieferverkehr auf der Straße abzuwickeln, sofern die eigenen Parkplätze belegt sind. Auch müsse man berücksichtigen, dass im Verlauf der Straße kein durchgehender Radfahrstreifen vorhanden sei. Da die Polizei dem Vorschlag der Verwaltung zur Lösung des Problems ebenfalls zugestimmt habe, bittet er die Mitglieder des Ausschusses ebenfalls um Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Waldschmidt verweist darauf, dass es in Köln ganze Viertel gebe, in denen ausschließlich Anwohnerparken zulässig sei. Sicherlich handele es sich um eine missliche Lage, wobei nach Abwägung der Dinge die Argumente des ADFC einleuchtend und die vorgeschlagene Lösung gefährlich sei.

Nach Ansicht von Herrn Hillebrand ergibt sich aufgrund des Gefälles in diesem Bereich sowie der dadurch auftretenden Geschwindigkeit ein weiteres Gefahrenpotential.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 6 Ja-Stimmen (CDU) bei 9 Nein-Stimmen (SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, KIDitiative und BfBB) bei 2 Enthaltungen (FDP) den Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird abgelehnt. <-@

11

Anregung vom 23.11.2006, die Carl-von-Ossietzky-Straße zur verkehrsberuhigten Zone zu erklären

Antragsteller: SG Hermann-Löns-Straße e.V., Willy-Brandt-Straße 32, 51469 Bergisch Gladbach, vertreten durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Christian Hermann

@-> Herr Lang erkennt aus der Beschlussvorlage, dass die Ablehnung der Anregung u.a. mit den entstehenden Kosten begründet wird. Er möchte jedoch etwas über die Kosten wissen und bittet um Beantwortung der Frage, ob die Anlieger in einem solchen Fall zur Kasse gebeten werden könnten.

Hierzu erklärt Herr Widdenhöfer, dass der jetzigen Ausbauzustand den Vorgaben des Erschließungsvertrages entspreche. Alles was zusätzlich hinzukomme, müsse alleine von der Stadt getragen werden. Er selbst habe die Straße mehrfach besichtigt, Es handele sich um eine Sackgasse mit ausschließlich Anliegerverkehr. Insofern bestehe keine Notwendigkeit, dort etwas zu unternehmen, zumal ohnehin schon Tempo 30 vorgegeben sei.

Herr Ziffus versteht die Vorlage so, dass es dem Interesse der Anlieger entgegenstehe, wenn dort Parkplätze entfielen. Auf der anderen Seite entnehme er dem Antrag, dass gerade die Bewohner der Carl-von-Ossietzky-Straße damit einverstanden seien, dass rund 40 % der Parkplätze wegfallen würden. Seiner Ansicht nach seien für einen Umbau keine große Umbaumaßnahmen erforderlich, vielmehr reiche es aus, entsprechende Markierungsarbeiten durchzuführen.

Auf seine diesbezüglichen Erfahrungen verweist Herr Widdenhöfer. Demnach sei es den Anwohnern nicht bewusst, welche Regelungen ein verkehrsberuhigter Bereich mit sich bringe. So gebe es im Stadtgebiet in Spielstraßen regelmäßig Probleme wegen des Wegfalls der Parkmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund sieht er im Fall der Carl-von-Ossietzky-Straße derzeit keine Notwendigkeit, etwas zu ändern.

Nach Auffassung von Herrn Lang seien Spielstraßen geschaffen worden, um Anwohnern einen Vorteil zu verschaffen, der in der Minderung des Verkehrs liege. Ein weiterer Vorteil läge darin, dass die Kinder ungefährdet auf der Straße spielen könnten. Aus diesem Grund könne er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen. Hinsichtlich der Kostentragung könne man in diesem Fall mit der Siedlungsgesellschaft wg. einer freiwilligen Kostenbeteiligung reden.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 13 Ja-Stimmen (CDU, SPD und FDP) bei 3 Nein-Stimmen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BfBB) sowie einer Enthaltung (KIDinitiative) den Beschluss:

Der Anregung zur Beschilderung der Carl-von-Ossietzky-Straße mit Zeichen StVO 325/326 (verkehrsberuhigter Bereich) wird nicht stattgegeben.

<-@

12 **@-> <-@**
Antrag der CDU-Fraktion vom 15.05.2007 (Eingang 22.05.2007), die Verwaltung möge prüfen, ob ein Durchfahrtsverbot für LKW über 3,5 to bzw. 7,5 to in der Straße "In der Auen" sinnvoll wäre

@-> Herr Krafft bittet um Prüfung, inwieweit das Durchfahrtsverbot auf das gesamte Stadtgebiet außerhalb der Hauptdurchfahrtsstraßen ausgeweitet werden könne.

Der Vorsitzende sagt zu, diese Bitte zwecks Prüfung an die Verwaltung weiterzuleiten.

Unter Hinweis auf die Vorlage möchte Herr Lang wissen, ob bereits ein Ergebnis der Überprüfung durch die Verwaltung vorliegt. Generell wisse er jedoch, dass ein solches Durchfahrtsverbot regelmäßig missachtet würde. Von daher stelle sich für ihn die Frage, ob dieser Antrag nicht nur dem Zweck diene, in diesem Bereich verlorengewonnene Wählerstimmen wieder zurück zu gewinnen.

Herr Widdenhöfer weist daraufhin, dass der Zeitraum zwischen dem Eingang des Antrags bei der Verwaltung bis zur Sitzung nicht ausgereicht hat, eine abschließende Prüfung herbeizuführen, da die Träger öffentlicher Belange hierzu angehört werden müssen. Insofern verweist er auf die Vorlage und hofft, diese Prüfung bis zur kommenden Ausschusssitzung abgeschlossen zu haben.

Für Herrn Ziffus drängt sich ebenfalls die Vermutung auf, dass der Ortsteil Refrath in der CDU in letzter Zeit bestimmender geworden sei. Wenn man in diesem Zusammenhang von einer Gefahrenlage spreche, stelle sich für ihn die Frage, warum nicht wieder die Einführung von Tempo 30 im gesamten Bereich der Straße möglich sein solle und verweist hierzu auf andere Städte, in denen entsprechend verfahren werde. Ansonsten jedoch begrüße er den Antrag der CDU-Fraktion.

Der Vorsitzende weist abschließend darauf hin, dass der Antrag voraussichtlich im kommenden Ausschuss nochmals zur Entscheidung vorgelegt wird.

<-@

13 **Antrag der FDP-Fraktion vom 21.05.2007, Eingang 24.05.2007, zur Verkehrsuntersuchung in Bensberg-Kaule**

@-> Verständnis für den Antrag äußert Herr Ziffus. Die Zugänglichkeit des geplanten Lidl-Marktes über die Kölner Straße sei grundsätzlich ein Problem, über das man diskutieren müsse.

Herr Sprenger möchte wissen, ob die Verwaltung, wie in der Vorlage angekündigt, bereits weitere mündliche Informationen, insbesondere hinsichtlich des Fortschrittes der Bauvoranfrage, gebe. Weiterhin möchte er wissen, inwieweit die zeitweise eingeführte Einbahnstraßenregelung im Bereich der Straße An der Schmitten nunmehr zu den Akten gelegt worden sei. Darüber hinaus gehe er davon aus, dass aufgrund des Neubaus des TÜV am Lerbacher Weg sich der Verkehr durch Fahrschüler im Bereich Kaule verringern wird.

Seitens der Verwaltung erklärt Herr Hardt, dass das ursprünglich geplante Gespräch über die verkehrliche Erschließung des Lidl-Marktes kurzfristig verschoben werden

musste und es insofern keine neuen Erkenntnisse gebe.

Zur Frage An der Schmitten erklärt Herr Marx, dass die dortige Einbahnstraßenregelung aufgrund verschiedener Anträge eingeführt wurde. Jedoch habe es hiergegen einige Widersprüche von Anwohnern gegeben, so dass die Einbahnstraßenregelung zunächst probeweise wieder aufgehoben wurde. Nach nunmehr 3 Monaten habe sich gezeigt, dass die Einbahnstraßenregelung nicht mehr sinnvoll sei und sagt zu, dass die Schilder in den kommenden Wochen wieder entfernt würden.

Herr Dr. Fischer weist daraufhin, dass man die Anfrage nicht allein wegen des Lidl-Marktes gestellt habe, sondern weil nach Meinung der Anlieger die Ausfahrten aus diesem Bereich nicht ausreichend seien bzw. zu Problemen führen. Von daher wolle man von der Verwaltung wissen, ob hier ein akuter Handlungsbedarf bestehe.

Hierzu ergänzend weist Herr Sprenger auf die Situation in der Falltorstraße hin. Dort gebe es offensichtlich aufgrund Park- und Ride-Verkehrs zur Straßenbahn einen erhöhten Parkdruck. Er bittet daher die Verwaltung zu prüfen, ob es sinnvoll sei, dort in einigen Bereichen eine sog. Blaue Zone einzurichten.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag einschließlich der gewünschten Informationen von der Verwaltung nochmals auf der Tagesordnung der kommenden Ausschusssitzung stehen wird.

<-@

14 Anfragen der Ausschusmitglieder

@-> Frau Schöttler-Fuchs:

Wie ist der Sachstand in Sachen ehemaliger Sportplatz Kradepohl in Duckterath? Dort war ursprünglich eine Erweiterung des Park und Ride-Platzes geplant, die Fläche liegt seit Jahren brach, während dort gleichzeitig Parkplatzmangel herrscht.

Wie wurden die Hundetoiletten im Stadtgebiet angenommen bzw. wie werden diese genutzt? Sind im Stadtgebiet weitere solcher Toiletten insbesondere an der Mülheimer Straße geplant?

In Sachen Ästhetik des öffentlichen Raums ist an mich herangetragen worden, dass es im Bereich Paffrath vom Design her unterschiedliche Ampelanlagen gebe. Hat sich die Verwaltung hierzu im Bezug auf das neue Design der Beleuchtung schon Gedanken gemacht?

Diesbezüglich teilt Herr Hardt mit, dass es seiner Ansicht nach lediglich Unterschiede bei den Signalgebern gebe. Dies sei bislang jedoch noch nicht bemängelt worden.

Da Frau Schöttler-Fuchs jedoch auf vom Design her unterschiedliche Ampelanlagen angesprochen wurde, bittet der Vorsitzende sie, diese Anlagen konkret zu benennen und Herrn Hardt die entsprechenden Standorte mitzuteilen.

Herr Dresbach:

Was gedenkt die Verwaltung zu tun, um den täglichen Engpass auf dem Fuß- und Radweg auf der Bensberger Straße im Bereich der Berufsschule während der

Schulstunden zu entschärfen?

Herr Dr. Fischer:

Nach unseren Informationen ist die Qualität der gelben Säcke seit Anfang 2007 deutlich schlechter geworden. Wir möchten wissen, warum dies der Fall ist, da uns zugesagt wurde, sich um die Sache zu kümmern.

Wir hatten zusammen mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Anfrage zum Thema Verkehr und Parkplätze in der Innenstadt schriftlich an Herrn Schmickler gestellt. Zum Komplex Verkehr in der Innenstadt gibt es bereits eine Antwort, zum Komplex Parkplatzsituation noch nicht. Wir schlagen vor, beide Anfragen einschließlich der Antworten der Niederschrift zu dieser Sitzung als Anlage beizufügen, da sie unserer Ansicht nach von allgemeinem Interesse sind. Darüber hinaus möchten wir jedoch bereits jetzt mitteilen, dass wir mit den Antworten zu Thema Verkehr nicht voll einverstanden sind.

Im Planungsausschuss wurde unlängst das Gewerbegebiet Vinzenz-Pallotti-Straße behandelt und auch beschlossen. Hierzu gibt es eine verkehrliche Untersuchung, wie dieses Gewerbegebiet an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen werden soll, wobei es neben einer Ampellösung auch eine Kreisverkehrslösung gibt. Wir sind der Meinung, dass diese mögliche Veränderung im Verkehrsausschuss abzuhandeln sei, da dies erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrssituation hat und schlagen daher vor, diesen Punkt auch hier im Ausschuss zur Diskussion zu stellen.

Abschließend möchten wir wissen, ob sich die Stadt in irgendeiner Form mitverantwortlich in der Frage des Kadettenweihers fühlt.

Zur ersten Frage weist Herr Carl darauf hin, dass das Problem der dünnen gelben Säcke bereits mehrfach im Zusammenhang mit der Diskussion über die Systembeschreibung im Ausschuss diskutiert worden sei und man die Ergebnisse an die DSD AG weitergeleitet habe. Von dort habe man die Zusage erhalten, dass die Qualität der gelben Säcke ab 2008 verbessert werden soll. Die Umsetzung dieses Punktes sei in der Vorbereitung, derzeit lief die Ausschreibung für den Zeitraum 2008 – 2010, eine deutliche Verbesserung der Reißfestigkeit sei dort vorgeschrieben.

Herr Albrecht:

Unsere Fraktion wurde auf dem Bewegungsfest von der Organisation „Mensch und Arbeit“ angesprochen. Die Organisation hat Personen in sozialer Beschäftigung, die sich intensiv mit Landschaftsbau und Gartenpflege beschäftigen. Man bitte die Verwaltung um Bereitstellung einer Demonstrationsfläche, z.B. an einem Kreuzungspunkt im Stadtgebiet, so wie diese Fläche auch anderen Garten- und Landschaftsbauern zur Verfügung gestellt worden sei. Wir bitten die Verwaltung, diesbezüglich mit der Organisation Kontakt aufzunehmen.

Herr Ziffus:

Ich beziehe mich in meiner Anfrage auf eine Frage des Seniorenbeirates vom 21. August letzten Jahres und verweise insofern auf die als Anlagen zur Niederschrift vorgelegten Fragen, um deren Beantwortung ich bitte.

Frau Schu:

Auf der Broicher Straße gibt es in Höhe der Hausnummer 30 einen Behindertenparkplatz. In letzter Zeit liegt dieses Schild jedoch immer öfter auf dem Bürgersteig. Gibt es hierfür einen besonderen Grund?

Ferner habe ich festgestellt, dass der Platz vor dem Schloss Bensberg nicht in einem optisch guten Zustand befindet. Ist in diesem Bereich eine kurzfristige Verbesserung geplant?

Weiterhin schlage ich vor, für den Bereich der Falltorstraße alternierendes Parken einzurichten.

In der Frage des Behindertenparkplatzes erklärt Herr Marx, dass es innerhalb der Eigentümergemeinschaft des Hauses Differenzen gebe. Das Schild sei in der vergangenen Woche zum zweiten Mal aus der Verankerung gerissen worden und werde in den kommenden Tagen wieder aufgestellt. Zusätzlich würde vor dem Haus sowie dem dort auf der Straße befindlichen Blumenkübel eine Bodenmarkierung angebracht.

Auf den Hinweis von Frau Schu, dass der Eigentümer auf seinem eigenen Grundstück parken könne, da dort genügend Platz vorhanden sei, erklärt Herr Marx, der betreffende Eigentümer habe einen Rechtsanspruch auf den Behindertenparkplatz.

Herr Schneeloch erklärt in Sachen Schlossvorplatz, dass der Fachbereich 8 hierfür zuständig sei. Dieser habe erklärt, für die Pflege des Platzes in Kürze wieder zu sorgen.

Zur Frage der Falltorstraße verweist Herr Hardt auf den Antrag der FDP-Fraktion aus dieser Sitzung, der sich teilweise auch auf die Falltorstraße beziehe. Er sagt zu, diese Anregungen ebenso wie die zahlreichen Anregungen aus den Arbeitskreisen in die entsprechende Untersuchung mit aufzunehmen.

Herr Sprenger:

Im ehemaligen Kreuzungsbereich der Dolmanstraße und der Straße Siebenmorgen befindet sich eine Taxi-Zentrale. Vor dieser Taxi-Zentrale parken nicht nur die normalen Taxen, sondern auch die Privat-Pkw des oder der Unternehmer bzw. Fahrer, ohne dort Parkgebühren zu entrichten. Ist dies zutreffend?

Ferner befindet sich in diesem Bereich in der Adventszeit ein Weihnachtsbaumverkauf. Werden in diesem Fall die Parkgebühren kostendeckend erhoben, da hier einige Parkplätze zumindest zeitweise entfallen?

Abschließend bitte ich zu prüfen, ob eine Verlegung der Bushaltestelle Ecke Kippekausen/Wingertsheide auf die Straße Wingertsheide möglich ist. Hierdurch müssten zwei markierte Parkplätze entfallen, jedoch sei das Ein- und Aussteigen dort aufgrund des breiteren Bürgersteiges leichter. Weiterhin bestünde für die Fahrgäste die Möglichkeit, sich bei Regen unter das Dach des dort befindlichen Ladenlokals

unterzustellen.

Herr Becker:

Ist es richtig, dass der Verwarngeldkatalog für Parken ohne Parkschein geringere Strafen vorsieht als im Falle der Parkzeitüberschreitung?

Ferner habe ich eine generelle Frage zur Umwandlung von Garagen bzw. Stellplätzen. Mir ist ein Fall am Hasenweg bekannt, in der der neue Eigentümer des Grundstückes eine Mauer rund um das Grundstück gezogen hat, so dass eine Einfahrt in die Garagen nicht mehr möglich ist. Beim Bauamt gab man mir zu der Frage, ob die Stellplatzverpflichtung in diesem Fall noch erfüllt sei, keine Antwort. Entsprechendes gilt für ein Grundstück am Froschpfad. Die dort im Haus befindliche Garage werde beim derzeitigen Umbau offensichtlich im Wohnraum umgewandelt. In früheren Jahren wurden in solchen Fällen enorme Bußgelder erhoben. Ich frage daher an, wie beide Fälle von der Bauaufsicht beurteilt werden.

Zur ersten Frage verweist Herr Widdenhöfer auf den Verwarngeldkatalog. Er schlägt vor, diesen Herrn Becker in Kopie zur Verfügung zu stellen.

Herr Hillebrand:

Gibt es in Bergisch Gladbach unterschiedliche gelbe Säcke? Meine Frau hat mir berichtet, dass die neuen gelben Säcke qualitativ besser seien als die bisherigen.

Sodann schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.37 Uhr.

<-@

Kremer
gez. Vorsitzender

Schmitz
gez. Schriftführer